

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

246 (21.10.1918)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M., 1/2jährl. 3.60 M., Zugel. durch unsere Träger 1.50 bezw. 3.96 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.85 M. bezw. 3.90 M., vorauszahlbar.

Anzeige: Verlag mittags: Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleise od. deren Raum 20 S. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme 1/20 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

An Deutschlands Männer und Frauen!

Die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches haben in wenigen Tagen eine tiefgehende Umwälzung erfahren, deren Bedeutung weitesten Volkstufen noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist.

Deutschland ist auf dem Wege vom

Obrigkeitsstaat zum Volksstaat.

In Preußen ist das

gleiche Wahlrecht

gesichert und damit der erste entscheidende Schritt zur

Zertrümmerung der Junkerherrschaft

gegan. Auch in allen anderen Bundesstaaten regen sich die Volksmassen, um die Hindernisse zu beseitigen, die der Volksherrschaft des unverfälschten Volkswillens im Wege stehen.

Der Wille des Volkes oberstes Gesetz,

das wird, das muß in kurzem entscheidendes Leitmotiv für die Regierung des Reiches und der Bundesstaaten werden und bleiben.

Leider mußte sich die außenpolitische Lage unseres Landes erst so ungünstig gestalten, um diese Umwälzung, für die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten kämpft, herbeizuführen. Millionen blühender Menschenleben und unermessliche Kulturgüter wären vor Vernichtung bewahrt geblieben, wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit sich nicht den Herrschenden anvertraut, sondern längst seine Geschichte in die eigene Hand genommen hätte.

Jetzt ist die Lage unseres Landes bitter ernst. Die Südküste ist zusammengebrochen und an der Westfront stürmen die Massenheere der Entente, der die Menschen und Wirtschaftskräfte von drei Weltteilen zur Verfügung stehen, mit furchtbarem Uebergewicht an Menschen und an Material gegen unsere Truppen an. Deutschland und das deutsche Volk ist in Gefahr, das Opfer der Eroberungsjucht englisch-französischer Chauvinisten und Eroberungspolitik zu werden.

Was wir am 4. August 1914 erklärt haben: „In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich“ gilt heute in verstärktem Maße. Mit einem Frieden der Verewaltung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden.

Nur um unser Land und sein Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren, haben Vertreter unserer Partei das Opfer auf sich genommen und sind in die Regierung eingetreten. Sie haben in dieser furchtbaren Situation ihr verantwortungsvolles Amt angetreten mit dem besten Bestreben, unserem Volke

Frieden und Freiheit

zu bringen.

Die Regierung, der Sozialdemokraten angehören, muß eine

Regierung des Friedens

und der demokratischen Ausgestaltung unseres Landes sein. Nur solange sie es ist, werden ihr Sozialdemokraten angehören.

Um das entsetzliche Morden zu beenden, hat die neue Regierung schnellstens einen

Waffenstillstand

angeboten und sich bereit erklärt zu einem

Frieden des Rechts und der Völkerveröhnung, wie ihn die sozialdemokratische Partei seit Kriegsbeginn angeht hat.

Auch die Parlamentarisierung und Demokratisierung unseres Landes ist tatkräftig in Angriff genommen. Die sozialdemokratische Partei setzt sich mit ganzer Kraft dafür ein, daß die notwendige innerpolitische Umwälzung sich schnell und reiflich vollzieht. Je zahlreicher und entschlossener die großen Volksmassen sich hinter die Partei stellen, um so schneller wird diese ihr Ziel erreichen, um so leichter wird sie die Kräfte überwinden, die sich ihr hemmend und hindernd in den Weg stellen.

Schon regen sich gegen diese friedliche Revolution die dunkeln Mächte der Gegenrevolution.

Jene alldeutsch-konservativ-schwerindustriellen Eroberungs- und Interessenspolitiker, jene chauvinistischen Demagogen und Spionisten, die unterstützt von den Millionen der Kriegsgewinnler aller Art und geübert durch eine unverantwortliche Militärkamarilla seit Jahr und Tag mit ekelhaften, verlogenen Duntüber-

plakaten und nationalistischen Siegesphrasen in den Versammlungen der Vaterlandspartei und deren Schriften, wie in einer willfährigen Presse das deutsche Volk in eine Wolke künstlichen Nebels voll Lug und Trug gehüllt haben, alle jene Schubigen, die das deutsche Volk in die schlimme Lage gebracht haben, sie erklimmen jetzt, nachdem ihr Karrenhaus zusammengeklüppelt, es dem Volke wie Schuppen von den Augen fällt, den Gipfel der Schamlosigkeit: sie versuchen, den Unmut des Volkes gegen die neue Regierung zu lenken.

Nicht die Ausplünderung und Aushungerung des Volkes durch die agrarischen und sonstigen Lebensmittelmacher, nicht die Korruption und die viel Erbitterung auslösende Behandlung an und hinter der Front, nicht die parteiische Unterbindung des Versammlungsrechtes und die empörende mißbräuchliche Handhabung der Zensurgesetz, durch die das freie Wort unterdrückt und die alldeutsche Lüge gezüchtet wurde, hätten die geistige und wirtschaftliche Widerstandskraft des deutschen Volkes untergraben, nein, die Miß- und Blamacherei der Männer in der neuen Regierung haben das verschuldet; so behaupten

die alldeutschen Demagogen

im Lager der agrarischen und schwerindustriellen Kriegsgewinnler. Mit Aufrufen und Resolutionen laufen sie Sturm gegen die neue Regierung, weil sie christlich den Verhältnißgemäßes und die Demokratisierung unseres Landes anstrebt. Durch skrupellose Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit versucht man sogar die Arbeiterausschüsse industrieller Werke als Sturmböck zu mißbrauchen; auch mehren sich die Anzeichen dafür, daß agrarische Kreise durch Zurückhaltung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der neuen Regierung erhöhen wollen.

Gegen dieses verwerfliche Treiben muß das deutsche Volk wie ein Mann Front machen. Besonders die arbeitenden Volksmassen müssen ihre ganze Macht einsetzen, um den Einfluß jener Kreise, die so viel Unheil über Deutschland und das deutsche Volk gebracht haben, gründlich und endgültig zu brechen.

Auch alle jene Treiberen durch

bolschewistische Revolutionsphrasen

verwirrt, unverantwortlicher Personen, die die Arbeiter zu jetzt sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung aufzuputchen versuchen, erschweren den Frieden und die Demokratisierung Deutschlands und arbeiten wenn vielleicht auch ungewollt, den alldeutschen Kriegstreibern und Feinden der Demokratie in die Hände.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß es ablehnen, sich zum Sturmböck der Gegenrevolution und zum Helfer der imperialistischen Gewaltpolitik diesseits und jenseits der Front mißbrauchen zu lassen.

Nicht durch Herbeiführung eines bolschewistischen Chaos, durch Entfesselung des Bürgerkrieges, der zu dem Ausstrom, der an den Fronten fließt, zu dem Unglück, das über das deutsche Volk gekommen ist, neues Unglück und neue Ströme Blutes bringen, Not und Elend nur noch steigern und die Eroberungsjucht unserer Feinde anreizen würde, kann die innere Erneuerung Deutschlands erfolgen.

Nein, wie die hiesigen Vertreter der sozialdemokratischen Partei immer erklärt haben, im Wege friedlicher Umwälzung wollen wir unser Staatswesen zur Demokratie und das Wirtschaftsleben zum Sozialismus überleiten.

Wir sind auf dem Wege zum Frieden und zur Demokratie.

Alle putschistischen Treiberen durchkreuzen diesen Weg, die den der Gegenrevolution.

Angelehnt der Morgenröte des Friedens und der Freiheit darf und wird sich die klassenbewußte Arbeiterschaft an und hinter der Front nicht zu Unbesonnenheiten verleiten lassen, die letzten Endes nur den Feinden des Volkes nützen.

Bis zum nahen Frieden und auch nach Friedensschluß stehen uns noch schwere Tage bevor. Wir müssen sie überstehen, wir können sie überstehen in dem sicheren Bewußtsein, die Zukunft der Völkerveröhnung, der Demokratie und dem Sozialismus!

Berlin, den 17. Oktober 1918.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wilson's Antwort an Oesterreich.

Washington, 20. Okt. (Nicht amtlich.) Folgendes ist der Text der Antwort der Vereinigten Staaten auf die österreichisch-ungarische Note vom 4. Oktober, die in Amsterdam und anderswo am 5. und 6. Oktober veröffentlicht wurde, wie sie vom Staatsdepartement durch den schwedischen Gesandten in Washington an den Minister des Aeußern von Schweden gerichtet wurde:

Staatsdepartement, 18. Oktober 1918.

Mein Herr! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. ds. Mts. zu bestätigen, worin Sie eine Mitteilung der k. und k. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermitteln. Ich habe jetzt den Auftrag vom Präsidenten, Sie zu eruchen, so freundlich zu sein, durch Ihre Regierung der k. und k. Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er dem gegenwärtigen Vorschlage dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich ereigneten und notwendigerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten anderten, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formuliert, kam die folgende vor:

Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir beschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.

Seit dieser Zeit geschrieben und vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Reiche besteht und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto kriegsführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten. Wir haben auch in der weitgehendsten Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt. Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße „Autonomie“ dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht er, Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.

Empfangen Sie mein Herr die erneute Versicherung meiner höchsten Verehrung.

gez.: Robert Lansing.

Der Entwurf der deutschen Antwortnote an Wilson.

Berlin, 20. Okt. Die Parteiführer des Reichstages waren gestern mittag 12 Uhr berufen worden, um von dem Entwurf der deutschen Antwortnote an den Präsidenten Wilson in Kenntnis gesetzt zu werden. Da jedoch, so schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“, um diese Zeit erst der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammentrat, so mußte die Besprechung verschoben werden. Um 2 Uhr nachmittags versammelten sich dann die Parteiführer und je ein frühredendes Mitglied jeder Fraktion im kleinen Bundesratsaal des Reichstages. Es waren alle Fraktionen vertreten unter Einschluß der Konservativen und Unabhängigen Sozialdemokraten, jedoch mit Ausnahme der Polen. In die Bekanntmachung des Textes der Note durch Herrn v. Bayer schloß sich eine Aussprache, die bis gegen 2 Uhr dauerte. Die Verlesung der Note und die sich anschließende Aussprache waren vertraulich. Nachdem der Bundesratsausschuß und die Parteiführer des Reichstages Gelegenheit gehabt hatten, sich zu äußern, trat abends das Kriegskabinett nochmals zusammen, um an der Redaktion der Note zu arbeiten. Der Abendung der Note hatten sich in letzter Stunde unerwartete Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Es hatte sich gezeigt, daß die Annahme der 14 Punkte Wilsons durch die deutsche Regierung in Dänemark und die eventuelle Räumung Belgiens in Holland politische Schritte ausgelöst hätte. Eine nochmalige Durchberatung der Antwort wurde dadurch nötig.

Berlin, 20. Okt. In einer besonderen Notiz heißt es im „Berliner Lokalanzeiger“: Die Antwortnote sei gestern spät abends nach der Schweiz abgegangen.

Der „Vorwärts“ sagt: Es stehe fest, daß die Note entgegenkommend laute und eine völlige Sinnänderung der leitenden Stellen gegenüber früheren Zeiten zeigen werde. Auf die Beschwerde Wilsons werde in sachlicher Weise eingegangen. Ueber die inneren Reformen

des Reiches werde freimütig gesprochen. So werde der neue Schritt der deutschen Regierung für diejenigen jenseits der Grenze, die für einen Frieden der Versöhnung eintreten und nationalitätliche Strömungen bekämpfen, eine wesentliche Erleichterung ihrer schweren Aufgabe bedeuten. Allerdings wiesen verschiedene Anzeichen schon darauf hin, daß Präsident Wilson vor der Flut des machtpolitischen Chauvinismus zurückweiche. In der Frage des Waffenstillstandes scheint der Sieg der härteren Richtung vollkommen zu sein, deren Offensive sich nunmehr gegen die Friedensbedingungen des Präsidenten richtet. Es ergibt sich also eine starke Verschiebung der diplomatischen Front. Während Deutschland die Stellung des Wilsonschen Programms bezogen hat, rückt die Entente von ihr ab. Bei den Friedensverhandlungen dürfte aber die ruhige Erwägung und die Einsicht in die Unmöglichkeit, Deutschland dauernd wehrlos zu machen, eine stärkere Rolle spielen, als das Gerede der chauvinistischen Presse und dann wird, wenn er will, Wilsons Stunde gekommen sein.

Die „Tägliche Rundschau“ meint: Wir dürfen uns nicht wundern, wenn Präsident Wilson seine vierzehn Punkte, nachdem wir sie angenommen haben, als nicht mehr zeitgemäß beiseite legen und uns neue Bedingungen auferlegen würde, wie sie ihm von Clemenceau und Lloyd George eingeschrieben werden.

Die „Bojische Zeitung“ äußert: Niemand in Europa darf heute einen anderen Staat an die Schwelle des Bürgerkrieges stoßen, wenn er nicht will, daß der Alarm über die wankenden Fronten hinweg von Volk zu Volk durch die Welt geht und überall gündet, wo er laut wird.

Berlin, 20. Okt. Der Kabinettsrat des Reichstages trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. In der am Dienstag den 22. Oktober 2 Uhr nachmittags beginnenden Vollziehung wird zunächst der Reichskanzler das Wort ergreifen. Anschließend hieran findet eine allgemeine politische Aussprache statt, die voraussichtlich zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen wird.

Das neue Reich.

Ein Straferlaß in Sachsen. Die Regierung im Königreich Sachsen veröffentlicht einen Amnestieerlaß, wonach Personen, die von sächsischen Gerichten wegen politischer Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft worden sind, in weitem Umfange begnadigt werden sollen. Auf militärische Vergehen erstreckt sich der Straferlaß noch nicht.

Dittmann in Solingen.

Solingen, 19. Okt. In einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten, die heute abend in der hiesigen Schützenburg stattfand, hielt der aus der Haft entlassene Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann eine Rede. Dittmann, von hürmlichen Hochrufen empfangen, denen sich Hochrufe auf Liebknecht und Rosa Luxemburg angeschlossen, richtete scharfe Angriffe gegen die Regierung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde völlige Amnestie, vor allem sofortige Entlassung Liebknechts gefordert und als Ziel aller Bestrebungen der Partei die Errichtung der sozialistischen Republik hingestellt. Die Versammlung entbot der russischen Mätereublik ihren Gruß.

Nach Schluß der Versammlung, die im allgemeinen ruhig verlief, wurde ein Umzug durch die nächtlichen Straßen unternommen, der sich ebenfalls im ganzen ohne Störung vollzog. Die Demonstranten trugen dabei sozialistische Plakate und brachten wiederum Hochrufe auf Liebknecht aus.

Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Lillier.

43

(Fortsetzung.)

Bei der Ankunft in dem Dörfchen begegnete mein Onkel Herr Sufurrans, einem Krämer von außerordentlicher Kleinheit und Pierlichkeit, der aber wie Schießpulver nur aus Kohle und Salpeter bestand. Herr Sufurrans besaß in Bal des Rosters eine Art Meierei, von dort war er auf dem Rückwege nach Clamecy und trug unter seinem Arme ein Fäßchen, welches er hoffte einschmuggeln zu können, und an der Spitze seines Stockes ein Paar Kapapunen, die Frau Sufurrans erwartete, um sie an den Spieß zu stecken. Herr Sufurrans fannte meinen Onkel und schätzte ihn, denn Benjamin kaufte bei ihm den Zucker, mit dem er seine Medikamente verließte, sowie den Puder, mit dem er sein Haar bestreute. Herr Sufurrans schlug ihm nun vor, mit nach der Meierei zu kommen und sich zu erfrischen. Mein Onkel, für den der Durst ein normaler Zustand war, nahm ohne Umstände an. Der Krämer und sein Kunde machten es sich in dem Winkel am Feuerherd, ein jeder auf seinem Schemel, bequem; sie hatten das Fäßchen zwischen sich beide hingestellt; aber sie ließen es auf seinem Platze nicht sauer werden, und wenn es sich nicht auf dem Arme des Einen befand, so ruhte es an den Lippen des Andern.

Der Appetit kommt beim Trinken ebenso gut wie beim Essen. „Wenn wir die Hühner äßen?“ sagte Herr Sufurrans.

„Das würde Ihnen in der Tat die Mühe, sie mitzunehmen, ersparen“, versetzte mein Onkel; „ich begreife auch gar nicht, wie Sie diese Frohnarbeit haben übernehmen können.“

„Und mit was für einer Sauce wollen wir sie essen?“

„Mit der, welche sich am schnellsten herstellen läßt“, sagte Benjamin, „und es ist ja auch ein herrliches Feuer da, um sie zu braten.“

„Ja“, bemerkte Herr Sufurrans, „aber es ist leider nur so viel Rindfleisch vorhanden, als gerade notwendig ist, um eine Fleischsuppe zu kochen: wir haben keinen Spieß.“

Wie alle große Männer wurde mein Onkel nie von den Umständen überrascht.

Die Lage in Oesterreich.

Wien, 20. Okt. (WB. Nicht amtlich.) Die Blätter befaßen sich mit der am Montag nachmittag bevorstehenden Bildung einer deutsch-nationalen Versammlung im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landeshauses in Wien, welche die Grundlage der politischen Zukunft des deutschen Volkes in Oesterreich schaffen soll. Als die dringende Aufgabe der Nationalversammlung bezeichnen die Blätter jedoch die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung für die Deutschen in Wien und im übrigen Oesterreich, da als erste Folge der Bildung des österrösterreichischen Bundesstaates die ersten Schwierigkeiten für die Deutsch-Oesterreicher in dieser Hinsicht befürchtet werden. Die Lebensmittelversorgung sei zu einem nationalen Kampfmittel geworden und schon stöde die Lebensmittelzufuhr aus Böhmen, Mähren, Ungarn und Galizien, ohne welche Deutsch-Oesterreich nicht leben könne. Aus dem gleichen Anlaß berief daher Bürgermeister Weißkirchner gestern nachmittag nach Mißrache mit dem Ernährungsminister Paul die Deputiertenkonferenz des Gemeinderats zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, worin beschossen wurde, an den deutschen Nationalrat die Bitte zu richten, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen, zu welchem Zwecke sich auch ein aus 30 Mitgliedern des Gemeinderats bestehender Ernährungsausschuß mit dem Ernährungsausschuß des deutschen Nationalrats in Verbindung setzen soll.

Deutscher Tagesbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 20. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern haben wir in Fortführung der am 18. Oktober gemeldeten Bewegung Brügge, Tiel und Kortrijk geräumt und neue Stellungen bezogen. Vor diesen fanden lebhafteste Kämpfe statt. Am Abend stand der Feind südlich von Sluis an der belgisch-holländischen Grenze westlich von Waldegem-Urzel, bei Rosse und Markegem. Südlich von Kortrijk hat er die Straße Kortrijk-Lournay erreicht und war beiderseits von Douai bis östlich der Linie Dhuys-Marchiennes gefolgt.

An der Schläschfront zwischen Le Cateau und der Dije trat gestern eine Kampfpause ein. In unseren neuen Linien am Sambre-Dije-Kanal und an der Dije stehen wir in Gefechtsstellung mit dem Gegner.

Der Sarre- und Souche-Abchnitt war tagsüber das Ziel starker feindlicher Angriffe. Der nordöstlich von La Fere auf das nördliche Sarre-Ufer zum Angriffe vordringende Feind wurde im Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Ebenso scheiterten südlich von Grezy mit starken Kräften geführte Angriffe im Gegenstoß sächsischer Bataillone. An der Straße Raon-Marle folgte der Feind in kleinen Teilen unserer Stellung Fuß. Beiderseits der Souche-Niederung wurde er nach heftigen Kämpfen abgewiesen. Auch auf dem Nordufer der Aisne griff der Feind nach starker Artillerievorbereitung an und drängte nordöstlich von St. Germainmont unsere Vorposten etwas zurück.

An der Aisne-Front zwischen Attigny und Digny nimmt die Gefechtsaktivität des Feindes zu. Beiderseits von Vouziers setzte er sich bei erneuten Angriffen auf den Höhen am östlichen Aisneufer fest. Der Kommandeur der 199. Inf.-Division, Generalleutnant v. Puttkammer brachte durch persönliches Eingreifen den feindlichen Angriff auf den Höhen östlich von Landy zum Stehen. Zwischen Digny und Grandpre wiesen lothringisch-sächsisch-holsteinische Regimenter und Jägerbataillone erneute heftige Angriffe des Feindes vor ihren Linien ab.

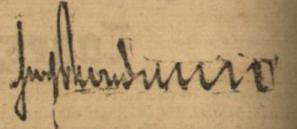
Auf beiden Maas-Ufern blieb die Gefechtsaktivität auch gestern auf Stützpunkten beschränkt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Am Bukofik, nordwestlich von Alesinac, wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Bezecar im Tinoz-Tale wurde vom Gegner besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Staatssekretär des Reichschahamtes Graf Rödern über die Kriegsanzleihe:

Ob Krieg, ob Frieden, die Zeichnung der Kriegsanzleihe bleibt in jedem Falle das wichtigste Gebot der Stunde.



Deutscher Abendbericht.

Berlin, 20. Okt., abends. (WB. Amtlich.) Deftlich von Kortrijk dauern heftige Kämpfe an. Beiderseits von Solesmes sind auf breiter Front starke Angriffe des Feindes gescheitert. Erfolgreiche Teilnahme im Sarre-Abchnitt und auf den Höhen westlich der Aisne. Deftlich von Vouziers wurden feindliche Angriffe abgewiesen.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 20. Okt. (WB. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: An der Südfront keine besonderen Ereignisse. In Albanien wurden unsere Bewegungen ohne nennenswerte Störungen durchgeführt.

Beiderseits der südlichen Morawa sind Vorstöße des Feindes abgeschlagen worden. Zajeca ist von den Serben besetzt.

Eine Rede Clemenceaus.

Paris, 19. Okt. (WB. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der Agence Sabaas ergriff der Ministerpräsident Clemenceau in der Kammer nach einer Ansprache Deschanel das Wort zu einer Rede, in der er sagte: Zugleich mit dem Siege entfaltet eine große Hoffnung ihre Schwingen. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnung, für die das beste französische Blut geflossen ist, durch unsere Regierung, durch unsere Kammer und durch das gesamte französische Volk zur Wirklichkeit wird. Wir haben für unser Recht gekämpft und verlangen unser Recht in vollem Umfange mit den nötigen Birgschaften gegen einen neuen Angriff der Barbarei. Dieses Recht werden wir unerwartet nicht ausüben, um uns für die Unterdrückung der Vergangenheit zu rächen. Das ist alles Tyrannie. Was wir aufgrund dieses Rechtes tun werden, ein Wort genügt, um dieses auszubrüden, das ist die Wiederherstellung des gesamten Lebens Frankreichs auf allen Gebieten, vor allem aber ist es notwendig, daß die Befreiung Frankreichs eine solche der Menschheit sei.

Die Litauer beim Reichskanzler.

Berlin, 20. Okt. Gestern nachmittag empfing der Reichskanzler das Präsidium der litauischen Taryba, das ihm die Wünsche des litauischen Volkes für die Neugestaltung des litauischen Staates vortrug. Prinz Max von Baden machte den Herren die Mitteilung, daß das Deutsche Reich dem litauischen Volke selbst die Regelung seiner Regierung und seiner Beziehungen zu den Nachbarvölkern überlasse. Es liege nicht in der Absicht der Reichsleitung, selbständig eine Entscheidung über die Grenzen Litauens und Polens zu treffen. Ebenso sei beachtlich, die gesetzgebende Gewalt einer eigenen litauischen Regierung zu übertragen. Es würde Sache der Taryba sein, diese vorläufige Regierung unter Singeziehung aller Schichten und Nationalitäten der Bevölkerung zu bilden. Die von der deutschen Regierung verheißene Umwandlung der Mil-

geessen; sie wurden an den Beinen meines Onkels gesteckt, und ich habe den Bratpieß gedreht.“

„Das kann doch nicht wahr sein“, rief Herr Sufurrans, „denn hätte ich meine Hühner gegessen, würde ich keinen Hunger mehr haben, und ich fühle einen wahren Wolfshunger.“

„Ich bestreite das nicht“, versetzte mein Onkel, „aber gleichwohl haben wir soeben Ihre Hühner gegessen. Wenn Sie daran zweifeln wollten, so nehmen Sie hier die zwei Gerippe: die können Sie an die Spitze Ihres Stockes hängen, wenn Ihnen das behagt.“

„Du hast gelogen, Benjamin; ich erkenne das nicht als das Gerippe meiner Hühner an. Du hast sie mir genommen und du mußt sie mir wiedergeben.“

„So soll es sein“, sagte mein Onkel, „lassen Sie sie morgen bei mir zu Hause holen und ich werde sie Ihnen zurückgeben.“

„Du mußt sie mir augenblicklich zurückgeben“, rief Herr Sufurrans, sich auf den Beinen erhebend, „und ihr werdet hier nicht hinauskommen, weder du noch dein Neffe, bis ihr mir meine Hühner zurückgegeben habt.“

„Willst du Onkel“, sagte Gaspard, daß ich diesem alten Schafstopf ein Bein stellen soll?“

„Unnötig, Gaspard, unnötig, mein Freund“, versetzte Benjamin; „du bist ein Mann der Kirche und es ziemt sich nicht für dich, dich in einen Streit einzulassen. Pohlig!“ fügte er hinzu, „eins... zwei, Herr Sufurrans, wollen Sie uns hinauslassen?“

„Sobald ihr mir meine Hühner zurückgegeben habt“, antwortete Herr Sufurrans, sich halb nach links wendend und meinem Onkel seine Stockspitze wie ein gefälltes Bajonett entgegenhaltend.

(Fortsetzung folgt.)

in eine Zivilverwaltung sei bereits in die Wege geleitet.

Abwehr- und Abwehrkräfte.

in eine Zivilverwaltung sei bereits in die Wege geleitet. Obwohl die Reichsleitung den Wunsch habe, die gesamten deutschen Truppen sobald als möglich aus Italien zurückzuführen, sei sie bereit, dem vielfach auf dem Lande geäußerten Wunsch zu entsprechen, die Truppen und Verkehrsmittel zum Teil in dem Lande zu belassen. Der vorläufigen italienischen Regierung werde die Schaffung einer Miliz- und Besatzungstruppe obliegen.

Kleine Kriegsnachrichten.
Konstantinopel, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Amtl. Geheimschrift von gestern. Palästinafront: Der Feind hat die von uns vor einigen Tagen kampflös geräumte Stadt Gora besetzt. In Mesopotamien führten türkische Erkundungsabteilungen gegen unsere Tigris-Front vor. Sonst nichts Neues.

Kleine Kriegsnachrichten.
Konstanz, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Gestern Nachmittag trafen 60 Internierte aus der Schweiz, heute Vormittag 750 Kriegsgefangene aus Frankreich hier ein, welche in der üblichen Weise feierlich begrüßt wurden.

Berlin, 20. Okt. Denain wurde am 18. Oktober von den Engländern besetzt. Schwere Feuer besonders auf dem Bahnhof und auf der Rue de Viller. Sein Einwohner wurden getötet oder verwundet. Die Stadt Duénoy lag am 18. Oktober abermals unter feindlichem Artilleriefeuer. Am 18. Oktober beschoß der Feind Drigny mit schwerem Kaliber. Der Ort St. Fergenz (nordöstlich Meuse) wurde gleichfalls am 18. Oktober von feindlichen Artillerie beschossen.

Amsterdam, 19. Okt. (Nicht amtlich.) Das Gaager Blatt „Het Vaderland“ bringt folgende Meldung: Ein hier angekommenes drahtloses Telegramm besagt: In alle Geesregenen der Westfront. Ich verweise nochmals auf den durch mich und den Generalquartiermeister wiederholt gegebenen Befehl, daß bei Räumung des besetzten Gebietes lediglich militärische Verstörungen ausgeführt werden dürfen, die durch die Kriegsbedingungen notwendig sind. Hindenburg.

Rotterdam, 19. Okt. Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ aus London rechtfertigt nach Auffassung militärischer Kreise der Entente in der augenblicklichen Lage an der Westfront nichts zu der Annahme, daß die Deutschen vor einer allgemeinen Katastrophe ständen. Die deutsche Linie ist nicht durchbrochen, die deutschen Armeen sind noch unerschüttert. Man kann keineswegs von einer allgemeinen Zerstörung sprechen. Außerdem können die Deutschen, wenn das Wetter noch schlechter wird, was jeden Augenblick der Fall sein kann, mit einer Ruhepause rechnen. Sie werden dann in der Tat durch nichts daran gehindert, sich zurückzuziehen, ohne sich einem Einbruch aussetzen.

Kiew, 20. Okt. (Nicht amtlich.) Das ukrainische Geheimministerium ist zurückgetreten. Der Hetman hat den bisherigen Ministerpräsidenten Hryhoruk mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Aus der Partei.

Eine Tageszeitung der Unabhängigen für Berlin soll nach der „Reiziger Volkszeitung“ gegründet werden. Ein entsprechender Antrag ist beim Reichskanzler bereits gestellt. Nach dem sich die Unabhängigen als selbständige Partei konstituieren, ist es natürlich nur wünschenswert, daß sie auch im Zentrum der deutschen Politik durch eine Tageszeitung zu Worte kommen. Berlin kann zwei sozialistische Tageszeitungen ganz gut vertragen und die notwendige Unterstützung auch mit den Unabhängigen kann durch ihr neues Organ erleichtert werden. Allerdings, wenn die neue Tageszeitung das geistige Niveau des „Mittelungsblattes“ innehatte, würde sie keine Bereicherung des geistigen Lebens von Groß-Berlin darstellen.

Die Neuordnung in Baden.

Beisprechung der Fraktionsvorsitzenden des Landtags.
Karlsruhe, 21. Okt. Die am Samstag im Sitzungssaal des Ministeriums des Innern abgehaltene Beisprechung der Fraktionsvorsitzenden mit den Präsidenten der Ersten und Zweiten Kammer und den Fraktionsvorsitzenden der Zweiten Kammer nahm den ganzen Nachmittag bis in die Abendstunden in Anspruch. Staatsminister Dr. Frhr. von Bodmann legte zu Beginn der Sitzung ausführlich die politische innere und äußere Lage dar und gab auch Aufklärung über die militärische Lage. Es schloß sich daran eine Beisprechung der Parteiführer, wobei u. a. von der Fortschrittlichen Volkspartei der Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags eingebracht wurde. Von der Mehrheit der Parteiteilnehmer wie auch von der Regierung wurde dieser Antrag abgelehnt, wobei letztere zur Begründung ausführt, daß sie infolge der Arbeitsüberlastung im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Einberufung des Landtags ablehnen müsse. Bei den Beratungen wurde dann weiter gewünscht, daß die Landesratsvollmächtigen ihre Instruktionen nicht von der Regierung, sondern von der Volksvertretung erhalten und daß die Erste Kammer volkstümlicher angefaßt werde. Von der Regierung wurde (was auch schon bei den letzten Kammerberatungen geschah) die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts für die Städte und die Einführung der Verhältniswahl zugestimmt.

Karlsruhe, 20. Okt. Die sozialdem. Landtagsfraktion wird am Dienstag zu einer Sitzung zusammenzutreten und sich mit der inner- und außerpolitischen Lage und der Parlamentarisierung der badischen Regierung beschäftigen.

Karlsruhe, 20. Okt. Der Landesausschuß der fortschrittlichen Volkspartei Badens trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über die innere und äußere Lage, über die Einführung einer parlamentarischen Regierung in Baden, über die Parteipresse und über die bevorstehende Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei.

Karlsruhe, 20. Okt. Die Evang. General synode, die am 28. Oktober zusammentreten sollte, wird ihre Tagung vorläufig nicht abhalten. Die Verlängerung der Geltungsdauer des

Kirchenausgangs und der Mitgliedschaft der General synode und die Bewilligung der Kriegszulagen für die Geistlichen werden durch Verordnungen erledigt werden.

Durlach, 20. Okt. Unglücksfall. Am letzten Freitagabend wurde einer Frau Fels von hier, wohnhaft in der Aufstraße, beim Rathaus durch die elektrische Straßenbahn ein Bein abgefahren.

Pforzheim, 20. Okt. Das Spielen mit einer Handgranate hat auch hier zu einem schweren Unglücksfall geführt. Der 13jährige Schüler Otto Müller hielt ein brennendes Streichholz an den Ränder einer Stielhandgranate. Diese explodierte, wobei außer dem Knaben noch zwei andere Knaben im Alter von 11 und 7 Jahren erheblich, glücklicherweise nicht lebensgefährlich verletzt wurden.

Kastatt, 20. Okt. Enthüllung des Ukrainier-Denkmal. Heute mittag wurde auf dem hiesigen Friedhofe das Denkmal für die in hiesiger Gefangenschaft gestorbenen Ukrainier feierlich eingeweiht. Die hier noch angewendeten ukrainischen Mannschaften in ihrer kleidbaren Nationaluniform umräumten das mit Blumen und Pflanzen sinnig gezielte mächtige Denkmal. Nach den kirchlichen Zeremonien des Bogen, die von einem eigenartigen melodischen Gesang eines Chors begleitet waren, wurden mehrere Ansprachen gehalten, zunächst von einem Mitglied des Ukrainierlagers, sodann von dem Vertreter des Hetmans der Ukraine, Frhr. von Steinheil.

Im Auftrage des Reichskanzlers sprach Erz. von Eisenberg, Landeskommissar Geh. Oberregierungsrat Stad im Auftrage der badischen Regierung. Er betonte, daß den gefangenen Ukrainern die aufrichtige achtungsvolle Gefinnung der Badener gehöre. Das Denkmal möge ein Wahrzeichen der guten Beziehungen zwischen Deutschland und dem jungen Staate der Ukraine sein. Gerne nehme die badische Staatsregierung das Denkmal in ihren Schutz. Bürgermeister Kerner übernahm im Namen der Stadtgemeinde Kastatt das Denkmal in den Schutz der Stadt. Wenn die Gefangenen auch einst in den Reihen unserer Feinde standen, so sei das Denkmal doch ein Beweis dafür, daß ein Kulturvolk seinen Haß über das Grab hinaus lenke. Mit Achtung gedenken wir der toten Gefangenen der Ukraine. Als äußeres Zeichen der Verehrung legte der Redner einen Kranz der Stadtgemeinde Kastatt an dem Denkmal nieder. Generalmajor von Lang, der Kommandant des Ukrainier-Lagers, legte ebenfalls mit ehrenden Worten einen Kranz nieder. Mit der ukrainischen Nationalhymne nahm die eindrucksvolle Feier ihr Ende. (n. R.)

Gettingen bei Buchen, 19. Okt. Beim Brechen von Waldsamen stürzte der beurlaubte Landwirt Alois Plaz, Vater von 7 Kindern, ab und war sofort tot.

Kehl, 20. Okt. In einer hiesigen Fabrik wurde die 19jährige Fabrikarbeiterin Maria Frz von Bernolshausen von einem von der Kreisjägerei abspringenden Stielholz getroffen, daß sie schwere innere Verletzungen erlitt und starb.

Kehl, 20. Okt. In der Hulsfabrik von Kehl sind vor einiger Zeit größere Diebstähle vorgekommen. Es wurden Seidenstoffe entwendet, von denen man einige Meter bei einem öfter vorbeifahrenden Altkändler vorfand. Er wurde deshalb festgenommen. Weiter wurde ein Kleinfahnder ermittelt, der gegen ein Entgelt die Weitergabe der gestohlenen Waren an Dritte besorgte. Die Diebe hatten im ganzen Waren im Werte von etwa 40 000 Mark sich angeeignet.

Kehl, 19. Okt. Ein schwerer Schiffsunfall hat sich in hiesigen Abenheiten ereignet. Ein für Ruhrort bestimmter Rheinschiff mit 400 Tonnen Kohle und Aluminium fuhr auf die kürzliche in der Fahrtrinne gekenterten Köhlerkähle. In dem Kahn bildete sich Äthylengas, das explodierte. Dabei ist ein 16jähriger Schiffsjunge tödlich verunglückt und der Schiffseigenümer erlitt schwere Verletzungen. Der Wert des Rahnes beträgt etwa 70 000 Mark und der der verbrannten Waren mehr als 150 000 Mark.

Freiburg, 20. Okt. Von der Zentralstelle für Petroleumverteilung G. m. b. H. in Berlin sind für die durch Fliegerangriffe häufig bedrohten Plätze Kerzen zur Verfügung gestellt worden, wobei der hiesigen Stadt 10 000 Stück zugeteilt werden konnten.

Konstanz, 20. Okt. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen über die Erhebung einer Vermögenssteuer. Man schätzt den Ertrag daraus nach dem Kriege auf 35 000 bis 40 000 Mk. Die Steuerbefreiung soll bei einem Einkommen von 50 Bfa. 10 Bfa., bei jedem höheren Einkunft 10 Bfa. für die angefangenen 50 Bfa. betragen. Musikautomaten usw. in Gaststätten werden ebenfalls steuerpflichtig sein. — Dem Bürgerausschuß ist ferner eine Vorlage über die Erhöhung der Kriegsteuerbefreiungen der städtischen Beamten und Arbeiter zugegangen.

Maunheim, 19. Okt. Zu der Verhaftung des wegen Mordes verfolgten fahnenflüchtigen Matrosen Peter Vogt, der sich dann selbst erschossen hat, wird noch berichtet, daß Vogt schon längere Zeit in den verschiedenen Städten unter falschem Namen sich herumtrieb und sich seit einigen Wochen hier aufhielt. Schon vor einiger Zeit sollte er hier verhaftet werden, doch aber auch damals auf den Polizeibeamten und entkam. Als Vogt nun am Donnerstag abermals ergriffen wurde, folgte er anfänglich willig dem Polizeibeamten, zog dann aber plötzlich einen Revolver, doch die Waffe verlor. Nun riß sich Vogt los und es begann eine wilde Jagd durch die Straßen. Als der Verbrecher, der auf seiner Flucht verschiedentlich auf seine Verfolger geschossen hatte, endlich von einem jungen Mann festgehalten wurde, tötete er sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Die Grippe.

Die Bekämpfung und Ausbreitung der Grippe in Baden.
In einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ wird festgestellt, daß die sog. „spanische Krankheit“, die Grippe, in den letzten Wochen in allen Teilen Badens eine große Verbreitung erfahren hat. In der letzten Zeit haben sich die Fälle mit schweren Krankheitserscheinungen und gefährlichen Zuzuständen vermehrt und zu häufigen Todesfällen an Lungenentzündung und Verlager der Herzstätigkeit geführt. Auffallend ist, daß von der gegenwärtig herrschenden Epidemie namentlich junge, körperlich kräftige Personen ergriffen wurden und zum Teil der Krankheit schnell erlagen; dies gilt besonders auch für jüngere zum Militärdienst eingezogene Leute. Da die Krankheit sehr leicht übertragen wird, ist mögliche Vorjacht im Verkehr mit Kranken und Krankheitsverdächtigen, Reinigung der Behausungen und Wohnstätten, in denen von der Krankheit ergriffene Personen darniederliegen oder sich noch in Genesung befinden, empfehlenswert, ferner peinliche Sauberhaltung der Hände. Zu warnen ist besonders vor

unnötigen Reisen in den jetzt überfüllten Eisenbahnzügen, desgl. die überflüssige Benutzung der oft gedrängt gefüllten Straßenbahnwagen, ein Besuch von Sitzungen, Vorträgen usw. Von umfangreichen Desinfektionen ist mit Rücksicht auf die schnelle Verbreitung der Krankheit abzuraten. In Frage kommt höchstens das Ausstecken der Krankentücher, besonders der Taschentücher, sowie die Desinfektion des Auswurfs der Kranken. Die Buzziehung eines Arztes selbst bei anscheinend leichter Erkrankung ist zu empfehlen.

Bern, 18. Okt. Den französischen Zeitungen zufolge nimmt die Grippe in Frankreich außerordentlich zu. In Paris wurden in der letzten Woche 700 Todesfälle an der Grippe statt 400 in der Vorwoche gemeldet. In Lyon sind sämtliche Theater, Kinos und Konzertsäle geschlossen. Die Bekämpfungsfür für Grippe ist herabgesetzt; Leidenbegünstiger sind unterlag. In Clermont-Ferrand wurden alle öffentlichen Versammlungen, sowie Ansammlungen auf der Straße verboten und sämtliche Vergnügungsorte geschlossen. In anderen französischen Städten sind ähnliche Maßnahmen zum Teil bereits ergriffen, zum Teil geplant. Für die Schulen, die Postanstalten und andere öffentlichen Gebäude sind umfassende Desinfektionsmaßnahmen angeordnet.

Budapest, 18. Okt. Mit Rücksicht auf die Grippe werden sämtliche Theater, Kinos und Vergnügungsorte vom 21. Oktober bis 4. November geschlossen. Die Kaffees und Gasthäuser werden um 10 Uhr abends geschlossen.

Berichtszeitung.

Reitenhändler. Die Kaufmannsrau Marie Geinze, der Agent Wilhelm Holzammer und der Kaufmann Jakob Guth vermittelten den Bezug von Nahrungsmitteln, ohne daß sie zum Handel damit die Genehmigung hatten. So machten sie Geschäfte mit Speck, Butter, Käse, Kaffee, kondensierte Milch, Saccharin, Schokolade und Zigarren. Wegen Reitenhandel wurden sie verurteilt von der Mannheimer Strafkammer und zwar Frau Geinze zu 6 Wochen Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, Guth zu 4 Monaten Gefängnis und Holzammer zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 21. Oktober.

Einschränkung der Lustbarkeiten. Da der lärmende Betrieb öffentlicher Lustbarkeiten vielfach Unruhe und Unruhe erregt, weil er in einem dem Ernst und den Anforderungen der Zeit nicht entsprechendem Maße überhand nimmt, so hat der stellv. Komm. General des 14. A.-K. bestimmt, daß Lustbarkeiten auch bei Veranstaltung auf Privatgrundstücken der Erlaubnis der Polizeibehörde bedürfen.

Der Mangel an Kleingeld macht sich neuerdings wieder stärker im Zahlungsverkehr bemerkbar. Besonders störend erweist sich dieser Mangel im Betrieb der städtischen Straßenbahn. Obgleich schon wiederholt öffentlich ersucht worden ist, beim Lösen eines Fahrcheines auf der Straßenbahn möglichst abgezähltes Geld bereit zu halten, wird von vielen Fahrgästen an das Fahrpersonal immer wie er das Ansuchen zum Wechseln größerer Geldstücke gestellt. Es wird deshalb an alle Benutzer der städtischen Straßenbahn die dringende Aufforderung gerichtet, im Interesse des ungestörten Betriebes und zur Vermeidung von finanziellen Verlusten Fahrcheine nur mit abgezähltem Geld zu lösen.

Heinrich Henkel-Abend. Wie wir erfahren, wird der Kammerjäger Heinrich Henkel am Dienstag, 12. Nov. ds. J., abends 7/8 Uhr, im großen Saale des städtischen Konzerthauses einen Richard Wagner- und Lieber-Abend im Verein mit der beliebtesten Konzertfängerin Maria Mora von Goeb veranstalten. Michael Koffert, Konzertpianist aus München hat die Begleitung übernommen. Die geschäftliche Leitung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Frhr. Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, Telefon 388, woselbst schon Kartenbestellungen entgegengenommen werden.

Reiz-Benz-Theater, Waldstraße, hat auf vielseitiges Verlangen den Film mit Viggo Larsen „Der Mann mit den sieben Masken“ auf weitere vier Tage verlängert. Den neuen Spielplan bildet ein vieraktiges großes Schauspiel mit Marie Wibal, bestsell. „Das sterbende Modell“, eine Tragödie aus dem Leben einer Künstlerin. Die übrigen Hauptrollen werden von Olga Enal, Fel. Seidel, Herrn Eichgrün und Herrn Neys gestellt. In Vorbereitung für kommenden Mittwoch befindet sich der zweite Genay Porten-Film der Serie 1918/19: „Die Sieger“, Schauspiel in vier Akten mit der der Gesangsanlage des Liedes „O, du mein Glück“, in den Hauptrollen finden man Genay Porten, Rudolf Diebrach, Arthur Bergen, Bruno Decarli, Elja Wagner und Paul Wiensfeld.

Luzern-Lichtspiele. Auf dem neuen Spielplan der Luzern-Lichtspiele ab heute bis einschl. Dienstag sieht man die beliebteste Künstlerin Maria Fein in ihrem neuesten Filmwerk „Das Gift der Mediji“, ein dramatisches Lebensbild in 4 Akten, ihr Partner ist wieder Erich Kaiser-Tief. In dem dreitägigen Filmschauspiel „Der Mann im Mond“ ist Carl de Vogt der Hauptdarsteller.

Groß. Hoftheater. Wegen plötzlicher Erkrankung unseres Theaterreferenten müssen wir die Beisprechung der Aufführungen vom Freitag, Samstag und Sonntag leider ausfallen lassen. Wir werden bei Wiederholungen die Versäumnisse nachholen.

Gr. Hoftheater. Heute Montag wegen Erkrankung von Helmut Neugebauer nicht „Goliath“, sondern „Der Mann im Zimmermann“.

Briefkasten der Redaktion.

Sergeant J. M. Die Eltern können beim Bürgermeisteramt Anspruch auf Kriegselterngeld erheben. Kriegselterngeld kann jedem Eltern, wenn der Gefallene Gemeiner war, bis zu 250 Mark im Jahr gewährt werden, wenn die Eltern in Bedürftigkeit leben und wenn der gefallene Sohn der Ernährer seiner Eltern war, d. h. den Unterhalt der Eltern aus seinem Einkommen mindestens zum größten Teil bestritten hat. Die Grabengebühren die unter denselben Voraussetzungen gewährt werden, sind gleich der Lohnung für 3 Monatsdrittel.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Quilstraße 24

